



Interviews

Datum: 15. Juni 2023

Hubertus Knabe im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: „Es hat keinen Zweck, der Spitzbart muss weg“, riefen Bürgerinnen und Bürger. Der Spitzbart gehörte SED-Generalsekretär Walter Ulbricht, ein typischer Vertreter deutscher Diktaturen, der Landsleute zusammenschießen ließ, um die Macht seines schon damals gescheiterten Regimes zu sichern.

Im Juni 1953, am 17. Und den Folgetagen: Zunächst gingen Arbeiter auf die Straße, denn sie sollten zehn Prozent mehr leisten zum gleichen niedrigen Lohn. Ein Maurer rief spontan zum Generalstreik auf – nicht frei von Ironie in einem System, das ab 1961 als Staat nur durch eine Mauer zusammengehalten wurde.

Der Widerstand gegen die Normerhöhung wurde zur Abrechnung mit der sozialistischen Diktatur – nicht nur in Berlin, im gesamten sowjetisch besetzten Teil Deutschlands. Das Ende ist bekannt: Die SED hatte für kurze Zeit die Macht verloren. Für die Menschen waren das hoffnungsvolle Tage, bis sowjetische Panzer der Welt zeigten, was mit DDR eigentlich gemeint war. Mehr als 50 Menschen starben in diesen Tagen durch sowjetische Truppen, durch sogenannte Volkspolizisten, oder sie wurden später durch das SED-Regime hingerichtet. Und der Spitzbart feierte am 30. Juni seinen 60. Geburtstag.

Der Historiker Hubertus Knabe lehrt an der Universität Würzburg und leitete zuvor die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Sein Buch „17. Juni 1953 – Ein deutscher Aufstand“ ist gerade in einer aktualisierten Neuauflage erschienen. – Guten Morgen, Herr Knabe.

Hubertus Knabe: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Arbeiteraufstand, Volksaufstand, Befreiungsbewegung – welcher Begriff ordnet das Geschehen am 17. Juni '53 am besten ein?

Knabe: Da gibt es ja einen langen Streit auch in der Wissenschaft darüber und eigentlich ist es – das habe ich auch in meinem Buch beschrieben – alles drei. Es beginnt mit Arbeiterprotesten und Streiks und daraus entwickelt sich ein Volksaufstand, weil sich diesen riesigen Demonstrationszügen aus den großen Industriebetrieben sehr viele andere Leute anschließen, und auch die Forderungen schlagen um. Aus den sozialen Forderungen werden politische Forderungen, nämlich die nach Rücktritt der Regierung und freien Wahlen und Freilassung der politischen Gefangenen, und das ist dann der Freiheitskampf. Aus einem Arbeiterprotest wird ein Volksaufstand und ein Freiheitskampf.

Heinemann: War die DDR am 17. Juni _53 gescheitert?

Knabe: Ja! Die SED war in vielen Städten entmachtet, und zwar binnen weniger Stunden. Die Kreisleitungen und Bezirksleitungen wurden gestürmt, die Stasi-Dienststellen in verschiedenen Orten, die Gefängnisse. 1400 Häftlinge wurden damals befreit, weil ja die SED wegen kleinster Kleinigkeiten die Leute einsperrte damals. Das Besondere ist, wenn die Proteste früh anfangen und die sowjetischen Truppen erst spät zur Stelle waren, dass dann de facto die Machtübernahme schon stattfand, dass man dann ins Rathaus zog, den Bürgermeister absetzte. Nur in Berlin ist das ein bisschen anders gelaufen, weil da die Truppen schon in der Nacht davor herangezogen wurden, und die sind dann um elf Uhr vormittags schon einmarschiert.

Heinemann: Welche Rolle spielte die Verunsicherung in Moskau nach Stalins Tod für den 17. Juni _53?

Knabe: Das war Anlass für viele Gerüchte und auch für große Hoffnungen. Die Aufständischen dachten ja, die mischen sich nicht ein und halten sich zurück. Das war eine Fehleinschätzung. Chruschtschow und andere

Politbüromitglieder riefen ja schon am Morgen an in der Ostberliner Dependence, im sowjetischen Hauptquartier, und Bulganin, der Verteidigungsminister, hat dann sehr schnell gesagt, dass sie da Panzer einsetzen sollen. Insofern war diese Hoffnung leider auf Sand gebaut.

Heinemann: Herr Knabe, die SED hatte am 17. Juni das Land nicht mehr unter Kontrolle und für Tage oder Stunden die Macht verloren. Welche Lehren hat die Diktatur daraus gezogen?

Knabe: Sie hat sich vor allem massiv aufgerüstet. Die Stasi ist ja danach personalmäßig geradezu explodiert. Es wurde eingeführt auf Befehl der Sowjets, dass es tägliche Lage- oder Stimmungsberichte geben müsste. Das gab es vorher nicht. Es wurde eine bewaffnete Truppe der Stasi, das sogenannte Wachregiment Feliks Dzierzynski massiv ausgebaut und auch zur Aufstandsbekämpfung ausgebildet.

Ein anderer Punkt, der damals eine große Rolle spielte: In den Bezirken die SED-Verantwortlichen warteten immer auf Befehle aus Berlin und die kamen nicht, und deswegen wussten sie nicht, was sie machen sollten. Aus diesem Grund wurden dann die Bezirkseinsatzleitungen geschaffen, wo in jedem DDR-Bezirk dann der Parteichef mit dem Stasi-Chef und dem NVA-Chef (DDR-Armee) regelmäßig zusammenkamen, um die Sicherheitslage zu erörtern.

Heinemann: Wieso kann Freiheit so viel Angst einflößen?

Knabe: Angst wem, meinen Sie jetzt?

Heinemann: Dem Regime.

Knabe: Na ja, die wären halt weg vom Fenster gewesen und hätten die Macht verloren, und sie waren ja der Meinung, dass die Diktatur der Arbeiterklasse zur Befreiung der Menschheit führen würde. Die Arbeiterklasse kann das aber nicht alleine, die braucht eine Avantgarde, nämlich die Partei, und die Partei wiederum muss wie eine Armee organisiert sein. Das hat ja Lenin schon eingeführt, nämlich geleitet vom Politbüro und dort wiederum vom Generalsekretär. Dieses ganze stalinistische System, extrem autoritäre System, das hat in einer Demokratie keine Überlebenschance. Die wurden ja nie bei freien Wahlen von einer Mehrheit gewählt, weil so was keiner haben wollte.

Wenn der Aufstand damals Erfolg gehabt hätte, wenn die Sowjets nicht eingegriffen hätten, dann wären uns wie viele Jahre, 36 Jahre DDR und deutsche Teilung erspart geblieben.

Heinemann: Herr Knabe, Sie haben in einem Artikel Anfang des Monats für die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen Aufstand ohne Gesicht beschrieben. Wie ist diese Gesichtslosigkeit in der Erinnerung an den 17. Juni '53 zu erklären?

Knabe: Ja, das ist wirklich ein Phänomen, was ins Auge fällt. Wenn Sie mal einen Geschichtslehrer fragen, ob er Ihnen irgendeinen Anführer dieses Aufstandes nennen könnte, dann werden Sie mit ziemlicher Sicherheit die Antwort bekommen, nein. Das liegt zum einen daran, dass in der DDR dieser Aufstand ja sofort massiv diffamiert wurde als faschistischer Putschversuch und dann auch tabuisiert wurde. Das heißt, dass man nach Möglichkeit gar nicht mehr darüber sprach.

Im Westen war anfangs die Anteilnahme sehr groß. Man hat aber auch die Anführer ein bisschen schützen wollen. Bei den Fotos wurden zum Beispiel die, die vorneweg liefen, geschwärzt, damit die nicht verfolgt würden. Dann im Zuge der Entspannungspolitik ist das ganze Thema ja – wie soll ich sagen –, das ist so ausgehöhlt, die Erinnerung. Ich bin ja gerade hier in Erfurt und da gibt es am Bahnhof ein großes Plakat, was darauf hinweist, dass sich genau dort Willy Brandt mit Willi Stoph getroffen hatte. Aber da steht nicht, dass Willi Stoph der Hauptverantwortliche war für die

Massenverhaftungen nach dem 17. Juni, weil er nämlich Innenminister damals war.

Im Zuge dieser Entspannungspolitik wurde dieses Gedenken irgendwie unglaubwürdig. Wenn man die Machthaber, die das niedergeschlagen haben, verurteilt und gleichzeitig mit denen kooperiert, das ist nicht besonders überzeugend. Das ist, glaube ich, der Grund, warum auch im Westen dann das Interesse sehr schnell nachließ – vor allem an den Leuten: Es sind ja einige geflüchtet. Zum Beispiel Wilhelm Fiebelkorn, der Grundschullehrer in Bitterfeld war und aus seinem Fenster guckte aus der Schule, als dort dieser Zug aus dem elektrochemischen Kombinat Bitterfeld vorbeizieht, tausende von Arbeitern, und der schließt sich dann an mit seiner ganzen Schulklasse. Und weil er gut reden konnte, wurde er dann Sprecher des Streikkomitees in Bitterfeld. Der lebte ja in Westen, in Westberlin, weil er geflüchtet war, und auch andere Anführer, aber für die hat sich dann keiner mehr interessiert.

Heinemann: Sie haben einen Namen genannt, weitere Namen nennen Sie in Ihrem Artikel. Am 5. Juni ist er, glaube ich, in der FAZ erschienen. – Wie sollte man, Herr Knabe, der Opfer des 17. Juni '53 angemessen gedenken?

Knabe: Mein Eindruck ist, dass dieser Aufstand, der wirklich sehr beeindruckend ist, weil er so eine elementare Kraft hatte, innerhalb von Stunden so eine Diktatur hinzuzufügen, dass der doch immer mehr in Vergessenheit gerät. Der Feiertag wurde sang- und klanglos abgeschafft in Westdeutschland; in der DDR gab es ihn sowieso nicht. Jetzt haben wir noch den 70. Jahrestag und danach ist, fürchte ich, bald Schluss.

Wenn ich auf die Tagesordnung des Bundestages heute schaue, wo ja das Thema auch ansteht, und mir die Anträge, insbesondere den der Ampel-Koalition anschau, das sind nur schöne Worte. Da ist nichts, was irgendwie die Erinnerung wachhalten könnte, und das ist sehr schade, weil es doch ein sehr, sehr wichtiger Tag war.

Heinemann: Was könnte die Erinnerung wachhalten?

Knabe: Das ist so wie Rudern gegen den Strom. Man muss da was tun und das könnten Programme sein, dass man Filmemacher motiviert, sich diesem Thema zuzuwenden. Es sind ja ganz tragische Schicksale. In Magdeburg der Herbert Stauch, das ist so ein Mann, der versucht hatte zu verhandeln, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erreichen, und ist dann am nächsten Tag erkannt worden und von den Sowjets erschossen worden. Das sind Schicksale, die auch in Filmen oder Theaterstücken oder auch in Museen wirklich eine große Kraft entfalten könnten, wenn man da ein bisschen was für tun würde, dass da Leute auch sich mit diesem Thema beschäftigen. Aber das ist leider nicht der Fall.

Heinemann: Herr Knabe, unter Putins Regime steht Stalin in Russland wieder hoch im Kurs und auch vor diesem Hintergrund fällt ja auf, dass sich in Deutschland Teile der Linkspartei, vor allem aber der AfD im Sinne des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Putin äußern oder entsprechend handeln, Besuche der Botschaft zum Beispiel. Jetzt mal auf unser Thema bezogen die Frage: Wie beeinflussen oder wie versuchen, Extremisten in Deutschland den Blick auf den 17 Juni und auf die DDR zu beeinflussen?

Knabe: Ich weiß nicht, ob das alles Extremisten sind, aber es ist schon beunruhigend und auch irgendwie frappierend. Gestern Abend war ich in Gera, da wurde versucht, das Gefängnis zu stürmen 1953 und jetzt gibt es dort sogenannte Montagsdemonstrationen, wo Leute von ganz rechts, aber auch mit großer Sympathie von Leuten von ganz links hier demonstriert wird, Frieden schaffen ohne Waffen und so weiter und so fort, diese militärische Unterstützung der angegriffenen Ukraine einzustellen. Das finde ich schon sehr irritierend, wenn man selbst erlebt hat, wie dann die Panzer einrollten in die eigene Stadt und da die Nachbarn oder Demonstranten verhaftet wurden und manchmal für Jahre im Gefängnis verschwanden. Wie man das damit vereinbaren kann, jetzt praktisch für Putin Partei zu ergreifen, das ist mir doch sehr unverständlich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.